

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 28. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Mein GruÙ gilt auch an diesem Morgen unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben auch heute jemandem zum **Geburtstag** zu gratulieren. Der Kollege **Peter Weckmann** von der Fraktion der SPD feiert heute seinen Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich noch ein paar Informationen bekannt zu geben. Wir haben auch eine Entscheidung zu treffen.

Die Fraktionen haben sich, wie Sie wissen, betreffend den **Ablauf des heutigen Plenartages** bereits gestern darauf verständigt, die auf Antrag der CDU-Fraktion durchzuführende **dritte Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung Drucksache 16/1187** – Änderung von Rechtsvorschriften im MGEPA – als neuen **Tagesordnungspunkt 3** mit Redezeit Block I durchzuführen.

Dafür soll der bisherige **Tagesordnungspunkt 2**, Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/2632 – Kirchen als Diener am Gemeinwohl –, entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung **heute nicht debattiert** werden, sondern erst nach Vorliegen der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Den sehe ich nicht. Dann ist die Tagesordnung entsprechend geändert. Die **bisherigen Tagesordnungspunkte 3 bis 16 verschieben** sich entsprechend.

AuÙerdem möchte ich Sie darauf hinweisen und Ihnen damit auch mitteilen, dass wir eine **Änderung der Tagesordnung für die morgige Sitzung** erleben werden. Der Chef der Staatskanzlei hat mir gestern mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, den Landtag zu dem Thema „Aktueller Sachstand über die Klage der Firma Klausner gegen das Land Nordrhein-Westfalen über Holzlieferungen – Klausner-Vertrag 2007“ zu unterrichten. Die Unterrichtung durch den Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz soll morgen unter Tagesordnungspunkt 1 erfolgen.

Die Landesregierung verzichtet dafür auf die zunächst angemeldete und Ihnen bekannte Unterrich-

tung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Darüber brauchen wir morgen nicht abzustimmen. Aufgrund der Tatsache, dass die Landesregierung jederzeit das Wort ergreifen kann, ist das dann so vorgesehen.

Als letzten Hinweis für die heutige Sitzung will ich noch einmal daran erinnern, dass zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr grundsätzlich keine Abstimmungen stattfinden, es sei denn, es handelt sich um Überweisungsabstimmungen.

Mit all diesen Vorbemerkungen und der geänderten Tagesordnung können wir in die geänderte **Tagesordnung** einsteigen.

Ich rufe auf:

1 Opel muss zu seiner sozialen Verantwortung für die Beschäftigten und die Wirtschaftsregion stehen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2698

In Verbindung mit:

Opel-Schließung ist ein Symbol für die Wirtschaftspolitik der Regierung Kraft

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2699

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 22. April 2013 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ebenfalls hat die Fraktion der CDU mit Schreiben vom 22. April 2013 gemäß § 90 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich den Betriebsrat der Firma Opel aus Bochum ganz herzlich begrüßen, der heute gekommen ist, um an der Aktuellen Stunde teilzunehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Bochumer Werk begrüÙe ich den Betriebsratsvorsitzenden Rainer Einkenkel ganz herzlich. Das unterstreicht auch noch einmal die besondere Bedeutung der heutigen Aktuellen Stunde.

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Norbert Römer, das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Heute vor acht Tagen hat der Opel-Aufsichtsrat beschlossen, die Fahrzeugproduktion am Ende des nächsten Jahres einzustellen und den Standort Bochum zum Ende des Jahres 2014 zu schließen. Deshalb ist der 17. April ein bitterer Tag für die Kolleginnen und Kollegen von Opel und ihre Familien, denn diese Entscheidung bedeutet, dass sie ihre Arbeitsplätze verlieren werden.

Der 17. April ist gleichzeitig ein bitterer Tag für Bochum, für die Region und für unser Land. Er ist ein bitterer Tag für uns alle, weil damit auch entschieden worden ist, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit Opel ein großes, ein traditionsreiches Automobilwerk verlieren werden, das 50 Jahre lang Maßstäbe für Qualität und Leistungsfähigkeit gesetzt hat und das für viele Zehntausende von Menschen lange Zeit Grundlage für berufliche Existenz und Perspektive, aber auch Grundlage für Lebensinhalt und Wohlstand war.

Heute ist die erste Möglichkeit nach dieser Aufsichtsratsentscheidung, hier im Landtag über Folgen und Konsequenzen zu reden. Deshalb haben wir, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, diese Aktuelle Stunde beantragt. In dieser schwierigen Situation, in dieser bitteren Zeit ist für uns zuallererst das Wichtigste, ein klares und eindeutiges Zeichen der Solidarität zu setzen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Heute Morgen sind bei uns Betriebsräte, Belegschaftsvertreter aus Bochum; die Präsidentin hat sie bereits begrüßt. Rainer Einkenel, Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße euch ebenfalls und sage euch: Wir alle sind froh, dass ihr heute im Landtag seid. Unsere klare Botschaft aus dieser Aktuellen Stunde lautet: Die Kolleginnen und Kollegen von Opel, die Bürgerinnen und Bürger in Bochum, im Ruhrgebiet, die Menschen in den Städten, in denen Opelaner, Frauen und Männer mit ihren Familien, leben, müssen wissen: Wir im nordrhein-westfälischen Landtag stehen an Ihrer Seite, und wir nutzen unsere Möglichkeiten, um Ihnen zu helfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das ist das Eine.

Das zweite Wichtige heute Morgen für uns ist: Wir fordern vom Opel-Management ein, sich klar und eindeutig zu seiner Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bekennen und diese Verantwortung wahrzunehmen. Deshalb

muss es Gespräche darüber geben, wie es nach der Einstellung der Fahrzeugproduktion weitergehen kann, wie Arbeitsplätze in Bochum gesichert werden können. Opel darf diese Verantwortung nicht an die Seite schieben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ja, es geht um Verantwortung. Das Management von Opel hat die Zukunft der Marke Opel und ihrer Standorte selbst immer wieder infrage gestellt. GM und Opel haben den ständigen Austausch von Personen in Geschäftsführung und Management betrieben. Sie haben den Export von Opel-Fahrzeugen in Länder außerhalb Europas mit großer Nachfrage unterbunden. Hier ist viel Vertrauen zerstört worden. Die Opel-Belegschaft hat zu oft erleben müssen, wie wenig sie sich auf Pläne und Zusagen des Managements verlassen konnte. Die Belegschaft ist zu oft von ihrem Management enttäuscht worden.

Das alles hat zu tiefem Misstrauen bei der Opel-Belegschaft geführt. Dennoch haben Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall immer wieder mit großem Einsatz für den Erhalt der Fahrzeugproduktion in Bochum gekämpft. Die Belegschaft hat auch eigene Beiträge zur Verbesserung der Kostensituation geleistet, auch finanziell schmerzhaft.

Dann hat es den Tarifvertrag gegeben, den die IG Metall mit den Arbeitgebern ausgehandelt und über den die Belegschaft abgestimmt hat. Nach meiner ganz persönlichen Bewertung steht da viel Gutes drin. Ganz offensichtlich hat es aber für die Kolleginnen und Kollegen in Bochum nicht gereicht, weil sie so schlechte Erfahrungen gemacht haben. Deshalb haben die Gewerkschaftsmitglieder der IG Metall diesen Tarifvertrag abgelehnt.

Ich selbst habe über viele Jahre gewerkschaftliche Verantwortung in Nordrhein-Westfalen wahrnehmen können. Ich weiß aus dieser Erfahrung, wie den Kolleginnen und Kollegen bei solch schwierigen Entscheidungen zumute ist. Deshalb sage ich klipp und klar: Ich habe großes Verständnis für eine solche Entscheidung. Sie ist von mir nicht zu kommentieren, sie ist zu akzeptieren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Nachkarten hilft nichts. Jetzt geht es um den Blick nach vorne. Wie kann Wertschöpfung am Opel-Standort in Bochum auch in Zukunft gesichert werden? Wie kann sie gelingen? Wie können möglichst viele Arbeitsplätze, möglichst viele Produktionsarbeitsplätze, gesichert werden? Wo gibt es neue Chancen, und wie können diese genutzt werden? Das sind entscheidende Fragen, auf die es möglichst schnell Antworten geben muss. Dabei ist selbstverständlich auch Politik gefragt. So etwas gelingt aber nicht unter dem öffentlichen Scheinwerferlicht.

So etwas kann nur in sehr vielen beharrlichen Gesprächen und Verhandlungen zustande gebracht werden. Die Landesregierung war in ständigem Kontakt, in enger Abstimmung mit der IG Metall, dem Betriebsrat, den politisch Verantwortlichen in Bochum und auch mit Opel. Es hat viele Gespräche gegeben. Die Ministerpräsidentin war ebenso in ständigem Kontakt wie der Wirtschaftsminister.

(Widerspruch von der CDU – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Deshalb, meine Damen und Herren, sind frühzeitig Weichen dafür gestellt worden, dass Alternativen entwickelt und Perspektiven eröffnet werden können. Dabei, Herr Kollege Laumann, war Wirtschaftsminister Garrelt Duin unermüdlich und beharrlich unterwegs. Dafür danke ich ihm bei dieser Gelegenheit auch ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Welche Handlungsmöglichkeiten bleiben? Das Ende der Fahrzeugproduktion muss doch nicht das Ende der Produktion, muss nicht das Ende der Automobilwirtschaft in Bochum sein. Es geht um Alternativen und Perspektiven. Meine Damen und Herren, wenn es darauf ankommt, nach besseren Lösungen zu suchen, als die Totalaufgabe des Standortes hinzunehmen, dann muss es auch die Suche nach diesen besseren Lösungen von allen geben, die zu beteiligen sind. Alle müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Jetzt kommt es darauf an – das will ich zu Beginn der Aktuellen Stunde klipp und klar herausstellen –, erstens mit den Betroffenen solidarisch zu sein. Darauf kommt es zuallererst an.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens kommt es, meine Damen und Herren, darauf an, das Unternehmen nicht aus der Verantwortung für seine Beschäftigten und den Standort zu entlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Drittens. „Bochum Perspektive 2022“ muss von GM und Opel – auch finanziell – gestärkt werden, damit es für die Menschen in der Region eine Perspektive geben kann. Dazu einen Beitrag zu leisten, sind auch wir hier in diesem Hause aufgefordert. Dazu, meine Damen und Herren, von den Oppositionsfraktionen, lade ich Sie ganz herzlich ein. Vielen Dank fürs Zuhören. Glückauf für die Kolleginnen und Kollegen von Opel! Glückauf für unsere gemeinsame Sache!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Kollege Laumann, das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor

einem Monat haben die Mitarbeiter des Bochumer Opelwerkes den Tarifvertrag, den die IG Metall für alle Opelstandorte in Deutschland ausgehandelt hatte, mit 76,1 % abgelehnt. Das war eine weitreichende Entscheidung, die, Herr Römer, natürlich jeder akzeptieren muss.

Statt 2016 soll die Autoproduktion aber nur noch bis Ende 2014 laufen. So hat es danach der Opel-Aufsichtsrat entschieden. Wegen dieses Beschlusses war das ohne Frage ein schwarzer Tag für das Land Nordrhein-Westfalen. Deswegen haben wir heute diese Aktuelle Stunde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Am letzten Freitag habe ich das Bochumer Opelwerk und den Betriebsrat besucht. Am Hauptgebäude hängen Transparente, auf denen zu lesen ist: „Wir bleiben Bochum“, „Zukunft für alle bei Opel Bochum“ oder „Zukunft für die Region“.

In meinem Gespräch mit dem Betriebsrat habe ich gemerkt, was den typischen Opelaner ausmacht. Das sind Menschen, die direkt und geradeaus sind. Vor allen Dingen sind es Menschen, die mit Verstand, mit Herz und mit Riesenengagement seit Jahren für den Opelstandort in Bochum, für ihr Werk und für ihre Arbeitsplätze kämpfen und damit auch für einen wichtigen Teil der industriellen Wertschöpfung unseres Landes den Rücken hinhalten. Deswegen bin ich auch froh, dass es möglich war, dass der Betriebsrat heute an dieser Debatte teilnimmt. Ich freue mich darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen da sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schon die erste Frage an mich war direkt und ohne Schnörkel: Schön, dass du da bist, aber was kannst du als Oppositionsführer überhaupt für uns tun? – Eine gute Frage. Ich will sie heute in der Debatte ergänzen: Was kann die Landespolitik, was kann der Landtag überhaupt für Opel tun? Die Verantwortlichen bei General Motors, bei der Opel AG, in der Politik oder auch bei den Gewerkschaften dürfen in dieser Situation natürlich nicht zur Tagesordnung übergehen. Es wäre der falsche Umgang mit der Krise und den Sorgen der Mitarbeiter, wenn in Nordrhein-Westfalen einfach gar nichts geschehen würde; denn wir sprechen über viele Tausend Beschäftigte, über deren Familien, über die Zuliefererbetriebe, über alle, die in der Region von diesem Werk profitieren und profitiert haben. Wir wollen auch nicht vergessen, dass die Adam Opel AG mit den Fahrzeugen aus Bochum viele Jahrzehnte gutes Geld verdient hat.

(Beifall von der CDU)

Über all das müssen wir heute im Landtag sprechen. Ich finde, Nordrhein-Westfalen kann stolz darauf sein, was Opel bislang für unser Land bedeutet.

(Beifall von der CDU)

Am 3. März war ich beim Solidaritätsfest der Bochumer Opel-Mitarbeiter. Wer da war, der hat doch diesen Stolz gespürt – auch den Stolz auf dieses Werk, den es in der ganzen Stadt gibt. Da war zu sehen und zu hören, dass die Opelner nicht einfach so aufgeben und kapitulieren wollen. Sie wissen, was sie für Bochum geleistet haben. Aber die Menschen in Bochum wissen auch, welche Bedeutung dieses Werk für Wohlstand und gut bezahlte Arbeit in dieser Region bedeutet.

Frau Ministerpräsidentin, ich habe mich schon gewundert, dass an diesem Solidaritätsfest kein Mitglied der Landesregierung teilgenommen hat. Der Betriebsrat hat es mir bestätigt.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Widerspruch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Ich habe den Eindruck – man muss das heute ebenfalls sagen –, dass die Landesregierung seit einiger Zeit einen ganz weiten Bogen um das Opelwerk in Bochum macht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Kraft, ich habe noch im Ohr, wie Sie 2009 von diesem Rednerpult aus als SPD-Fraktionsvorsitzende geredet haben. Ich zitiere Sie: In den Zielen wissen wir uns weitgehend mit der CDU einig: So viele Arbeitsplätze wie möglich in Bochum sichern; Bochum darf nicht einseitig benachteiligt werden. Wir wollen, dass es in Bochum keine betriebsbedingten Kündigungen gibt. Das ist der Lackmustest. Das ist entscheidend. Ziel für uns in Nordrhein-Westfalen ist, dass es am Standort Bochum weitergeht.

Sie wissen, dass die Landesregierung damals viel dafür getan hat, dieses Problem, das es seinerzeit schon gab, öffentlich zu machen und sich mit Bochum und den Opelanern zu solidarisieren.

Ich weiß, dass Ihr Wirtschaftsminister am Montag in Bochum war. Aber dass er am Montag da war, ist so, als würde die Feuerwehr erst dann kommen, wenn es nur noch ein paar qualmende Ruinen gibt. Das war einfach zu spät.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Natürlich wissen auch die Menschen, dass sich Politik an anderen Standorten in Deutschland massiv für die dortigen Standorte eingesetzt hat. Das ist Aufgabe eines jeden Ministerpräsidenten, in Hessen, in Rheinland-Pfalz, in Thüringen. Nur hier war von der Ministerpräsidentin während der ganzen Zeit nichts zu sehen und nichts zu hören. Wenn es um Opel geht, ist das aber Chefsache.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich finde, es muss jetzt alles darangesetzt werden, die Sprachlosigkeit zu überwinden. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, in der die Ministerpräsidentin – nicht weil sie „Kraft“ heißt – mit ihrem Amt

dafür sorgen muss, dass diese Sprachlosigkeit überwunden wird, Brücken gebaut und neue Vereinbarungen getroffen werden, die Sie wie ein guter Notar besiegeln, sodass die Menschen sich anschließend auf diese Vereinbarungen in Punkt und Komma verlassen können. Dafür muss sie auch sorgen. Das ist jetzt Ihre Aufgabe.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Davor können Sie nicht wegtauchen. Das kann man auch nicht einem Kabinettsmitglied übertragen, sondern dazu muss ein Ministerpräsident selber stehen. Schauen Sie auf die Regierungsbank, stelle ich fest, dass es der Arbeitsminister heute für wichtiger hält, im Deutschen Bundestag am 1. Mai zu machen, statt als Arbeitsminister in einer Opel-Debatte bei den Kolleginnen und Kollegen zu sein. Ich frage mich: Was für ein Amtsverständnis hat dieser Mann überhaupt?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen, Frau Kraft: Von Düsseldorf bis nach Bochum sind es 65 km. Andere sind mehr als 6.000 km geflogen, um beispielsweise in Detroit mit Opel zu reden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und Autos anzuschieben!)

Machen Sie sich einmal auf diesen Weg von 65 km.

(Lebhafte Unruhe und Zurufe von der SPD)

Wahr und wichtig ist in dieser Auseinandersetzung auch:

(Anhaltende Unruhe und Zurufe von der SPD)

– Sie können ruhig schreien. Der Betriebsrat von Opel weiß, wann zuletzt einer von euch da gewesen ist. Das können Sie mir glauben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer schreit hier am meisten?)

Wahr ist auch – ich sage es ganz klar –: Es ist notwendig, dass alle, die bei Opel für eine industrielle Zukunft arbeiten – das gilt für den Betriebsrat, die IG Metall, die Werksleitung bei Opel und die Konzernspitze in Detroit –, realistische Vorstellungen haben müssen, was für Opel in der jetzigen Situation in Deutschland möglich ist.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laumann, Ihre Redezeit.

Karl-Josef Laumann (CDU): Für viele ist es zurzeit nicht einfach, weil Entscheidungen getroffen worden sind. So entschieden, wie ich hier die Rolle der Ministerpräsidentin bei diesen Verhandlungen einfordern muss, hat auch sie ein Anrecht darauf, dass

alle Beteiligten mit realistischen Vorstellungen in solche neuen Gespräche gehen, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege!

Karl-Josef Laumann (CDU): ... damit man auch eine Chance hat, dass diese Gespräche zu einem Ergebnis führen. Dieses Ergebnis muss zur Folge haben, dass es möglichst lange möglichst viele industrielle Arbeitsplätze von Opel in Bochum gibt.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laumann, Ihre Redezeit ist um vier Minuten überschritten.

Karl-Josef Laumann (CDU): Das kann zwar auch ohne Fahrzeugbau sein, aber industrielle Arbeitsplätze für Opel muss es geben. Opel muss Verantwortung dafür übernehmen, dass in Bochum und der Region neues Industrielles entsteht. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen – insbesondere für die nachfolgende Debatte – gerne mitteilen, dass sich das sitzungsleitende Präsidium vor Eintritt in diese Aktuelle Stunde darauf verständigt hat, im Hinblick auf die Redezeiten etwas großzügiger als normalerweise zu sein. Der Kollege Römer hatte seine Redezeit um 50 Sekunden überzogen, Kollege Laumann, bei Ihnen waren es mehr als vier Minuten. Das will ich nur sagen, damit es keine Irritationen gibt. Wir werden weiterhin großzügig sein, bitten aber, trotz der Brisanz des Themas und seiner Aktualität den Bogen – was die Redezeiten angeht – nicht völlig zu überspannen. – Vielen Dank.

Der nächste Redner ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deren Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament! Liebe Opel-Kolleginnen und -Kollegen und andere Gäste oben auf der Tribüne! Herr Kollege Laumann, ich frage mich als Erstes: Was hat die Belegschaft von Opel von dem, was Sie hier eben vorgetragen haben?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich weiß, dass Sie Temperament haben. Aber wenn Sie, nachdem der Wirtschaftsminister am Montag dort gewesen ist, Opel als qualmende Ruine bezeichnen, dann passt das nicht zu dem, was Sie auf

der anderen Seite hier an Inhalten geäußert haben, dass Sie möchten, dass da etwas entsteht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In den letzten Jahren ist die Geschichte Opels in Deutschland und speziell Opels in Bochum eine sehr leidvolle Geschichte. Es ist eine Geschichte nicht gegebener Chancen, und es ist eine Geschichte nicht gehaltener oder nur ganz, ganz vager Zusagen. Opel hat über Jahrzehnte und bis heute qualitativ sehr gute, sehr zuverlässige und moderne Fahrzeuge gebaut. Das konnte man zum Beispiel heute Morgen auf der Fahrt zum Landtag und das kann man jederzeit bei uns auf den Autobahnen und Straßen sehen. Den Ruf hat Opel, den hat man sich hart erarbeitet.

Aber Opel hat vom Mutterkonzern – das ist eigentlich das Allerschlimmste – nie die Chance bekommen, im internationalen Wettbewerb auf Märkten außerhalb von Europa Möglichkeiten zu suchen, Absatz zu erzielen. Das ist aus meiner Sicht das ganz große Manko, was General Motors Opel in die Wiege gelegt hat.

Wichtige Teile des Weltmarktes sind für Opel abgeschottet worden. Und da, wo Volkswagen, wo andere deutsche Automarken sehr erfolgreich tätig waren und mit dem Verkauf im Ausland auch Arbeitsplätze in Deutschland gesichert haben, hat General Motors darauf geachtet, dass dort, wo andere Konzernmarken tätig werden konnten, Opel nicht arbeiten durfte.

Was das heute bei international sehr aktiven Märkten heißt, wenn man so beschränkt und beschnitten wird, dazu muss man den Vergleich zwischen diesen beiden traditionellen starken deutschen Marken Volkswagen und Opel ziehen. VW hat es geschafft, auch mit konkurrierenden eigenen Produkten international auf den Märkten insgesamt zu gewinnen. Opel wurde diese Chance nicht gegeben, Opel wurde sie verweigert.

Die Frage ist nicht von der Tagesordnung, sondern die Frage wird für alles, was in Deutschland von Opel noch gebaut wird, wieder auf die Tagesordnung kommen. Deswegen muss man es klar benennen. Es muss eine faire Chance geben für die hochwertigen Produkte, die da jetzt und in Zukunft hergestellt werden, damit diese international auf den Märkten ihre Möglichkeiten suchen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der zweite Punkt, wenn wir ehrlich bilanzieren, den wir ansprechen müssen: Der Konzern hat in Europa erhebliche Überkapazitäten aufgebaut. Ich will die Zahlen gar nicht alle zitieren. Aber „SPIEGEL ONLINE“ hat berichtet: 1,6 Millionen Fahrzeugkapazitäten in der Fertigung und 1,1 Millionen Absatz. Die IG Metall hat uns noch sehr viel drastischere Zahlen mitgegeben. Die Tarifkommission der IG Metall im Januar 2013: „Angesichts historisch nied-

riger Marktanteile sind die Produktionsstandorte in Europa nur zu 50 % ausgelastet.“ Das ist die Dramatik in der Situation. Und in dieser Situation hat der Aufsichtsrat am 17. April 2013 das Ende der Autoproduktion in Bochum für 2014 beschlossen.

Herr Kollege Laumann, Sie haben eben die 76,1 % in der Abstimmung bei Opel angesprochen. Wenn man nachvollzieht, was in den ganzen Jahren war, wie immer wieder Zusagen oder auch Abmachungen getroffen worden sind, die nicht eingehalten wurden, dann kann man die Skepsis derjenigen, die da beschäftigt sind, natürlich verstehen. Man hätte erwartet, dass der Konzern, wenn er entscheidet, nicht jetzt entscheidet „Zwei Jahre früher“, sondern mindestens entschieden hätte, dass das, was er mit der IG Metall ausverhandelt hat, umgesetzt wird. Insofern ist es doch ein Stück weit so, dass das, was an Befürchtungen da war, durch diese Entscheidung sogar bestätigt wurde.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt können wir Folgendes machen – und da war Ihr Beitrag, Herr Laumann, nicht hilfreich –:

(Widerspruch von der CDU)

Wir können die Auseinandersetzung hier so führen, wie sie normalerweise geführt wird. Ich könnte Ihnen jetzt reihenweise Zitate vorlesen, in denen sich Herr Brüderle und Herr Guttenberg damals als harte Wirtschaftspolitiker profiliert haben, gerade am Beispiel Opel, ohne für das Unternehmen irgendetwas zu erreichen. Ich könnte Ihnen aus den Berichterstattungen über den Besuch des Ministerpräsidenten Rüttgers in den USA zitieren, als er sich in Detroit hat fotografieren lassen, ohne etwas zu erreichen, oder darüber, dass Guttenberg sich auf dem Time Square hat fotografieren lassen, ohne einen Erfolg für Opel zu erzielen. Aber das nützt alles nichts.

Deswegen gibt es nach vorne doch nur eine gemeinsame Konsequenz: dass wir uns darum kümmern, dass am Standort Bochum natürlich so viel Opel wie irgend möglich erhalten bleibt, und die Chance, das auszubauen, dann auch in Bochum gegeben ist. Das ist das eine.

Als Zweites müssen wir dafür sorgen, dass an dem Standort mit Unterstützung und mit Verpflichtung des Unternehmens neue Sachen entstehen können. Dass wir mit Unterstützung des Wirtschaftsministers, mit Unterstützung der Landesregierung, mit Unterstützung der Stadt Bochum und des Ruhrreviers sehen, dass an den Plätzen, wo es auf absehbare Zeit keine Autoproduktion mehr geben wird, tatsächlich neue Arbeit entstehen kann und wieder Arbeitsplätze für diejenigen angeboten werden können, die da noch sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage das als jemand, der in Aachen lebt und seit Jahren den Kampf bei Bombardier mitbekommt, wo

ganz, ganz zäh dafür gekämpft wird, dass jeder, der dort arbeitet, bleiben kann oder dass an dem Standort etwas Neues entsteht, damit industrielle Produktion erhalten bleibt. Da sind unsere Auseinandersetzung und unser Einsatz gefordert. Da nützen irgendwelche vordergründigen Geländegewinne, die man meint holen zu können, indem man so agiert, wie Sie das eben in weiten Teilen gemacht haben, niemandem. Die nützen nicht den Beschäftigten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das heißt auf Deutsch: Es gibt zu der Linie, die Wirtschaftsminister, Landesregierung, IG Metall, Fraktion und auch der Betriebsrat fahren, keine Alternative: jetzt in Bochum alles zu erhalten, was an Arbeitsplätzen erhalten werden kann, den Konzern einzubinden und ihm auch deutlich zu machen, dass es nicht sein kann, dass Opel Bochum nicht fair behandelt wird, dass dort nicht die Chance gegeben wird, industrielle Produktion zu erhalten oder wieder neu entstehen zu lassen, und zu erreichen, dass sich der Konzern auch tatsächlich an dem beteiligt, was da notwendig ist.

Das ist das, was wir brauchen. Dafür sollten wir uns alle zusammen einsetzen. Es sollte heute aus dem Landtag das Signal ausgehen, dass das breit getragen wird, anstatt vordergründige Polemik zu machen. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht deren Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! Herr Priggen, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede die Frage aufgeworfen, was denn die Belegschaft von der Rede vom Kollegen Laumann habe. Man kann nach Ihrer Rede feststellen: Sie haben jedenfalls mehr von der Rede Laumann als von Ihrer Prosa, die Sie hier vorgetragen haben, Herr Priggen. Das ist nun klar.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Verehrte Damen, meine Herren, Opel gehört zur Tradition unseres Ruhrgebiets. Opel, das ist auch ein Stück Legende des Wirtschaftswunders. Der Opel Kadett A, der in Bochum produziert worden ist, ist Teil dieses Wirtschaftswunders. Viele erinnern sich an dieses Fahrzeug.

Die Beschäftigten von Opel haben nicht nur von Opel gelebt, sondern über Generationen auch für dieses Unternehmen gelebt. Die Opelaner waren eine Familie. Und am Erhalt des Standortes Bochum waren die Beschäftigten so interessiert, dass sie sogar bereit waren, auf Gehalt zu verzichten,

dass sie bereit waren zu Veränderungen in den vergangenen Jahren.

General Motors hat vom Standort Nordrhein-Westfalen und von den qualifizierten Beschäftigten in Bochum profitiert. Deshalb werden wir diesen Konzern nicht aus seiner Verantwortung für die Beschäftigten vor Ort entlassen. Alle, die für Opel gearbeitet haben und heute in Beschäftigung sind, haben ein Recht auf Fairness. Darin sind wir alle hier im Landtag einer Meinung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Allerdings sind die Probleme, vor denen wir heute stehen, nicht überraschend. Wir haben in Europa im Automobilmarkt nicht nur bei Opel, sondern generell Überkapazitäten. Gerade jetzt in der Eurokrise haben wir eine akute Absatzproblematik in Südeuropa.

Es gab schwerwiegende Managementfehler, weil Detroit sich auf den internationalen Märkten auf die Marke Chevrolet konzentrieren will, weshalb der innovativen Produktpalette von Opel keine Chancen eingeräumt worden sind. Die Bänder laufen in Bochum deshalb seit Jahren immer langsamer. Von der Spitze der Beschäftigung im Jahre 1970 mit 20.000 Beschäftigten ist das Unternehmen am Standort Bochum inzwischen weit entfernt.

Spätestens seit Dezember des vergangenen Jahres stand auch die konkrete Werksschließung in Bochum im Raum. Nun gab es eine Entscheidung des Betriebsrates und der Belegschaft in Bochum, den angebotenen Sanierungstarifvertrag nicht anzunehmen, über den neun Monate verhandelt worden ist, der zumindest eine Perspektive erst bis 2016 und dann bis 2018 und darüber hinaus geboten hätte.

Herr Römer, Sie haben recht: Diese Entscheidung der Belegschaft haben wir zu respektieren. Ich sage hier aber doch: Ich halte es für eine bedauerliche und falsche Entscheidung, dass die Belegschaft dieses Angebot nicht angenommen hat – als einen ersten Schritt, Beschäftigung in Bochum zu sichern.

(Beifall von der FDP)

Offensichtlich gibt es in Bochum selbst ein Umdenken. Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet am heutigen Tag: Stimmen aus der Belegschaft gibt es, die sich bei der Abstimmung nicht hinreichend über die Konsequenzen und über die Alternativen informiert gefühlt haben.

Meine Damen und Herren, wie agiert die Landesregierung in dieser Frage? Man braucht nicht viel Phantasie, Frau Kraft, um sich vorzustellen, wie Sie in der Oppositionsrolle hier agiert hätten. Da brauchen wir keine Phantasie, sondern nur ein gutes Gedächtnis.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jedenfalls hätten Sie sich hier nicht so staatstragend eingelassen wie Kollege Laumann. Wenn ich mich an Ihre Debattenbeiträge erinnere ...

(Lachen und Zurufe von der SPD)

– Ich glaube, da lachen die jüngeren Kollegen, die in der ersten oder zweiten Legislaturperiode dem Landtag angehören. Ich erinnere mich nämlich noch an die Auseinandersetzungen, die wir hier um beispielsweise die Arbeitsplätze bei Nokia geführt haben. Wir erinnern uns an Auseinandersetzungen um Opel und die richtige Strategie und daran, wie Frau Hannelore Kraft hier aufgetreten ist: Die Regierung Rüttgers/Pinkwart habe vollständig den Kontakt zum Management von Nokia und Opel verloren, hieß es da. Sie müsse sich einsetzen.

Fast bis zu dem Tag, bevor General Motors gesagt hat, sie bräuchten die Milliarden-Bürgschaften des Staates nicht, hat Hannelore Kraft sich dafür einsetzen wollen. Am nächsten Tag hat Detroit gesagt: Wir brauchen es eigentlich gar nicht; wir haben genug Kapitalausstattung. – Das, Frau Kraft, war Ihre Art, in der Frage Politik zu machen. Daran müssen Sie sich heute messen lassen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, führt man sich vor Augen, wie Sie damals hier aufgetreten sind, dann ist es umso bemerkenswerter, dass Sie die jetzige Krisenbewältigung in Bochum dem politischen Leichtgewicht Ihres Kabinetts, nämlich Wirtschaftsminister Duin, überlassen wollen. Das zeigt Ihre Glaubwürdigkeit in der Frage.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ja, bis in die heutige Debatte! In der Redeliste ist der Wirtschaftsminister und nicht die Ministerpräsidentin ausgedrückt.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Kraft, ich fordere Sie auf, entgegen Ihrer Planung hier gleich dem Landtag Rede und Antwort in der Frage zu stehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist Ihre Verantwortung, so wie Sie damals aufgetreten sind. Im Übrigen, Frau Kraft ...

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Entschuldigen Sie einmal bitte, Frau Kraft. Ich werfe Ihnen hier jetzt nicht mit vielen Zitaten, die ich bringen könnte, vor, dass Sie Verantwortung für das mögliche Ende der Fahrzeugproduktion in Bochum zu übernehmen hätten. Aber dafür, dass der Sanierungstarifvertrag nicht abgeschlossen worden ist, tragen Sie sehr wohl Mitverantwortung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Oppositionschefin Hannelore Kraft hat sich nahezu ans Werkstor bei Opel ketten lassen, und die Regierungschefin Kraft packt das Thema mit spitzen Fingern an. Sie waren nicht in Bochum, Sie haben dort nicht Gespräche geführt!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das wäre Ihre Aufgabe gewesen. Ihre Aufgabe, Frau Kraft – mit Ihrer persönlichen Autorität, die Sie haben –, wäre es gewesen, eine Vertrauensbrücke zwischen der Belegschaft in Bochum und dem Management zu bauen. Das wäre Ihre Aufgabe gewesen. Ein „TatKraft-Tag“ weniger, ein Tag mehr bei der Belegschaft hätte hier einen großen Erfolg erreicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vielleicht besteht jetzt noch eine Möglichkeit, Frau Ministerpräsidentin. Wenn es in der Belegschaft ein Umdenken gibt, wenn sich die Berichterstattung der „WAZ“ bestätigen sollte, dann haben Sie jetzt eine zweite Möglichkeit, mit dem Management von General Motors ins Gespräch zu kommen.

Aber, verehrte Damen, meine Herren, darauf allein dürfen wir uns nicht verlassen. Es geht jetzt darum, schnell die Entwicklungsgesellschaft in Bochum auf den Weg zu bringen. Die „Bochum Perspektive 2022“ darf nicht länger nur eine Absichtserklärung sein; sie muss mit Leben gefüllt werden. Wir haben beim Fall Nokia gesehen, dass es neue, sichere Arbeitsplätze auch in anderen Branchen gibt.

Ihre Aufgabe wird es also sein, an anderen Standorten für sichere Arbeitsplätze Sorge zu tragen. 28 Kilometer entfernt von Bochum wollen auch Ihre sozialdemokratischen Parteifreunde mit newPark ein neues Industriegebiet mit 10.000 Arbeitsplätzen schaffen. Das kann gegenwärtig nicht realisiert werden, weil auf Druck der Grünen der Wirtschaftsminister die Landesbürgschaften kaputtprüfen soll.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da können Sie einen Punkt setzen; da können Sie neue, sichere Arbeitsplätze schaffen. Die Sorgfalt, die Sie jetzt bei newPark an den Tag legen, hätten wir uns früher bei Opel gewünscht, Frau Ministerpräsidentin. Jetzt ist es Ihr Thema. Sie haben eine Möglichkeit, mit den Beteiligten jetzt noch einmal über den Sanierungstarifvertrag ins Gespräch zu kommen. Sie haben die Verantwortung, vernünftige Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Das ist Ihre Verantwortung als Regierungschefin. Machen Sie jetzt das wahr, was Sie als Oppositionsführerin immer gefordert haben!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Piraten hat Frau Brand das Wort.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer, und vor allem liebe Opelaner! Ich bin Bochumerin. Ich bin in Bochum geboren, dort aufgewachsen, und ich habe dort studiert. Nach einem ganz kurzen Aufenthalt in Ostwestfalen – nichts gegen Ostwestfalen – bin ich vor über zehn Jahren mit fliegenden Fahnen in meine Stadt zurückgekehrt. Ich bin stolz auf meine Stadt.

Die Schließung des Opel-Standorts zum Ende 2014 kommt schneller als gedacht. Dass die Belegschaft jetzt mit hocherhobenem Kopf aus der Sache herausgegangen ist, das ist richtig, und das ist gut.

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Stadt hat eine lange Arbeitertradition und ist, wie unser ganzer Ruhrpott, dafür bekannt, für Arbeitsrechte zu kämpfen. Aber irgendwann ist Schluss. Erneute Einschnitte auf dem Rücken der Mitarbeiter waren nicht mehr hinzunehmen; denn letztlich geht es nicht nur ums Geld. Es geht auch um die Würde des Menschen. Der US-amerikanische Mutterkonzern hat aufgrund betriebswirtschaftlicher Berechnungen die Werke in Europa kontinuierlich gegeneinander ausgespielt.

Um das Ausmaß dieser Entwicklungen zu verstehen, muss man wissen, welche Bedeutung Opel für Bochum hat. Opel ist nicht nur irgendein Werk. Opel bedeutet für Bochum Tradition und Lebensphilosophie. Ein Opelaner zu sein, war und ist noch heute gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zu einer Familie. Auch deshalb war die Belegschaft immer bereit, Einbußen hinzunehmen.

Mit dem Standort Bochum sterben aber auch Stadtteile. Langendreer und Altenbochum haben von den Opelanern gelebt: Lebensmittelgeschäfte, der Friseur um die Ecke, die Pommeshütte, der gesamte Handel basiert auf dem Opel-Werk. Jetzt stehen Belegschaft, Zulieferer und die Infrastruktur mehrerer Stadtteile vor dem Aus.

Dann gibt es heute wieder eine Aktuelle Stunde. Der Antrag von SPD und Grünen spricht von einer „sozialen Verantwortung“ eines Konzerns. Ist klar – solche Konzerne agieren ja direkt hinter der Caritas an zweiter Stelle, wenn es um soziales Engagement geht. Es wird gemunkelt von gewaltigen Beträgen, die für das Getriebewerk zur Verfügung gestellt werden. Nur komischerweise hat der Herr Einkenkel davon noch gar nichts gehört.

Der CDU-Antrag ist auch ganz großartig. Man will einmal mehr die Ministerpräsidentin und ihre Landesregierung vorführen. Will man ihr vorwerfen, sie hätte beeinflussen können, ob der Standort geschlossen wird?

In mir erweckt das den Eindruck, dass Sie, meine Damen und Herren, das Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft nicht wirklich verstanden haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Wirtschaft agiert losgelöst vom politischen Wunschkonzert. Oder glaubt hier wirklich irgendeiner, die Bosse vom GM-Konzern interessiert es nur einen Deut, wenn sich hier Politiker mit Forderungen aus dem Fenster lehnen? Die lachen höchstens müde. Denken Sie nur an Herrn Rüttgers: Der stand vor den Werkstoren, und er wurde noch nicht einmal hereingelassen.

Was Politik hier leisten kann und längst leisten sollte, ist, rechtzeitig einen Plan B zu entwerfen. Bis jetzt wurde versäumt – und nach der Schließung des Nokia-Werkes vor vier Jahren war es bereits fünf vor zwölf –, in einen zukunftsorientierten Arbeitsmarkt und in Weiterbildungspolitik zu investieren. So wurden die Chancen auf Schaffung eines fortschrittlichen Wirtschaftsstandortes vertan. Da nutzt auch der Gesundheitscampus nichts. Oder machen wir dann aus den Facharbeitern von Opel Hebammen oder Logopäden? Eine der wichtigsten Forderungen muss jetzt lauten, die Arbeitsagentur in Bochum möge mit genügend Mitteln ausgestattet werden, um qualitativ hochwertige, zukunftsfähige Umschulungen zu garantieren.

Wir sollten jetzt vor allem in die Zukunft schauen. Vor 50 Jahren gelang es, den Bergbaustandort Bochum in einen Industriestandort zu verwandeln. Warum sollte es jetzt nicht möglich sein, den Industriestandort in einen innovativen und zukunftsfähigen Technologiestandort zu verwandeln?

Viel Zeit dafür bleibt allerdings nicht mehr. Es gelingt auch nur, wenn wir alle nach vorne schauen und nicht die Fehler der Vergangenheit beweinen. – Glückauf für mein Bochum!

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen vom Opel-Betriebsrat! Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, was die da oben auf der Tribüne angesichts dieser Debatte denken mögen.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Da ist Herr Laumann, der staatstragend hervorhebt, welche Leistungen die Opelaner erbracht haben, der dann die Eigenschaften skizziert mit den Worten „direkt und geradeheraus“ und „sie arbeiten und kämpfen mit Verstand und Herz“. Das kann ich alles

unterschreiben, weil ich die gut kenne, die da oben sitzen.

Aber eines weiß ich auch: Die haben nicht nur ein Kurzzeitgedächtnis. Lieber Herr Lindner, die können sich gut daran erinnern, wie hier die Debatten in der letzten Legislaturperiode verlaufen sind und wie Sie die Opelaner im Stich lassen wollten. Das haben die Kolleginnen und Kollegen nicht vergessen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben vorhin davon gesprochen, ich müsste meine persönliche Verantwortung wahrnehmen.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Das tue ich. Aber zu dem, was Sie skizziert haben, was meine persönliche Verantwortung wäre – nämlich: dass dieser Sanierungstarifvertrag nicht zustande gekommen ist, wäre meine Verantwortung –, kann ich nur sagen: Das ist das Tarifautonomieverständnis einer FDP.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Auch da wissen die Kolleginnen und Kollegen genau, wie das einzusortieren ist.

Lieber Herr Laumann, das Kurz- und Langzeitgedächtnis funktioniert auch in Bezug auf die CDU gut. Wenn Sie die mit „direkt und geradeheraus“ und „mit Herz und Verstand“ richtig beschrieben haben, kann ich Ihnen nur sagen: Die lassen sich auch nicht instrumentalisieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die lassen sich nicht instrumentalisieren, damit Sie hier Ihr dünnes Oppositionssüppchen auf ihre Kosten kochen können.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Ah!)

Die können sich noch gut daran erinnern, wann mein Vorgänger im Amt, Herr Dr. Rüttgers, was getan hat, wie viele Kameras er nach Detroit mitgenommen hat, und die wissen auch noch, wie die Ergebnisse dieser Runden waren. Auch das haben die Kolleginnen und Kollegen bei Opel nicht vergessen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Eines sage ich Ihnen klipp und klar: Die Art, wie ich eine Regierung führe, wie ich mit Themen umgehe, unterscheidet sich durchaus von der der Vorgängerregierung. Denn wir sind nicht diejenigen, die die großen Showtermine suchen.

(Lachen von der CDU und der FDP)

Wenn der Arbeitsminister auf ein Solidaritätsfest geht

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

– Sie können gerne in der Zeitung nachlesen, dass er da war –, dann tut er das nicht mit 23 Kameras im Schlepptau, sondern, indem er direkt mit den Kolleginnen und Kollegen spricht! Das ist Solidarität, die vor Ort ernst genommen wird. Das ist Solidarität.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Vieles, was hier sachlich gesagt worden ist, kann ich unterschreiben. Die Kollegen Priggen und Römer haben alles dargestellt,

(Zuruf von der FDP: Kabarett!)

auch die strategischen Fehler, über die wir nicht erst seit gestern sprechen: die Tatsache, dass man nicht nach Europa und in die Länder darüber hinaus exportieren durfte; die Tatsache, dass dort hervorragende technologische Entwicklungen auf den Weg gebracht worden sind, die GM in Detroit – weit weg – überhaupt nicht zu schätzen wusste, weil GM ihren Markt und nicht den europäischen Markt vor Augen hatte.

Eines darf man auch an dieser Stelle sagen: Die Lage im Automobilbereich ist in der Tat grundsätzlich ernst. Es gibt Überkapazitäten. Sie haben davon gesprochen, es gebe eine Absatzkrise. Dann reden wir heute auch darüber, warum diese Absatzkrise in diesen Dimensionen besteht: auch weil diese Bundesregierung, Ihre Bundesregierung, in Europa eine reine Austeritätspolitik gemacht hat. Das ist einer der Gründe dafür, dass wir solche Absatzprobleme in Europa haben!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Zurufe von der CDU)

Eine so billige Oppositionspolemik, wie ich sie heute gehört habe, haben die Kolleginnen und Kollegen vor Ort nicht verdient! Sondern: Sie haben einen Wirtschaftsminister verdient, der ernsthaft Gespräche führt

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und versucht, das Beste für die Kolleginnen und Kollegen am Standort und für Nordrhein-Westfalen herauszuholen. – Und das tun wir!

(Langanhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Für die CDU-Fraktion hat Kollege Wittke das Wort.

(Zurufe von der SPD: Wow! Das Schwergewicht! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hat ja Zeit; es waren keine Panini-Bilder im Umlauf!)

Oliver Wittke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich finde es bemerkenswert, dass Sie, Frau Kraft, es in dieser wichtigen Plenardebatte, in dieser wichtigen Diskussion für unser Land – die Wichtigkeit kann man schon allein daran ermessen, dass zumindest die vier Fraktionsvorsitzenden der großen Fraktionen und die Ministerpräsidentin das Wort ergriffen haben – fertiggebracht haben, kein einziges Wort dazu zu sagen, was Sie im vergangenen halben Jahr getan haben, und dass Sie kein einziges Wort dazu gesagt haben, was Sie in den nächsten Wochen tun werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist erstaunlich, dass die Ministerpräsidentin in dieser schwierigen Stunde – nicht nur für Bochum, nicht nur für die Belegschaft von Opel in Bochum, sondern auch für unser Land – sprachlos ist und ablenkt, indem sie wieder einmal versucht, die Verantwortung in Berlin abzuladen.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, das ist kraftlos und einer Ministerpräsidentin des größten Bundeslandes nicht würdig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dabei haben Sie noch am 21. Mai des vergangenen Jahres bei einer Betriebsversammlung bei Opel in Bochum wörtlich erklärt – ich zitiere –: Wir wollen, dass endlich das Totenglöckchen vergraben wird.

(Zurufe von der SPD)

Frau Kraft, dann sagen Sie bitte diesem Hohen Haus, was Sie im vergangenen Jahr dazu beigetragen haben, dass das Totenglöckchen vergraben wird! – Nichts haben Sie getan, um das Totenglöckchen zu vergraben.

(Beifall von der CDU)

Wenn Ihr Wirtschaftsminister, der gleich noch Gelegenheit haben wird, sich dazu zu erklären, vor gerade einmal einem halben Jahr, nämlich am 30. Oktober 2012, erklärt hat – ich zitiere wiederum wörtlich –: „GM und Opel sind Unternehmen, die Verantwortung und Engagement gegenüber ihren Mitarbeitern und gegenüber der Region zeigen“, dann frage ich Sie: Teilen Sie diese Auffassung Ihres Wirtschaftsministers?

Teilen Sie die Auffassung von Herrn Duin, dass GM und Opel tatsächlich Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und der Region gezeigt haben? Das Gegenteil ist doch der Fall!

Ihre Sprachlosigkeit ist der Grund dafür, dass Sie hinters Licht geführt worden sind. Sie haben sich nicht bemüht, nicht mit dem Management von Opel geredet. Das werfen wir Ihnen heute vor.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es ist völlig klar, dass eine Landesregierung keine Verantwortung für unternehmerische Entscheidungen übernehmen kann. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass sich Landesregierungen wie auch andere Politiker aus Tarifverhandlungen selbstverständlich heraushalten müssen. Aber sie haben eine Verantwortung für das, was danach kommt. Und sie haben eine Verantwortung dafür, wie mit der Unternehmensleitung umgegangen wird. Da haben Sie in den vergangenen Wochen kläglich versagt.

Und ich befürchte, das wird sich fortsetzen. Denn was haben wir schon in der Hand? Herr Römer hat hier von der „Perspektive 2022“ gesprochen. Herr Römer, lesen Sie mal nach, was der Kollege Duin vor einem halben Jahr gesagt hat. Er hat damals erklärt: Jetzt werden wir rasch Gespräche mit allen Beteiligten über die weitere Ausgestaltung der Arbeitsgruppe führen. – Was ist denn in dieser Zeit passiert, Herr Duin? Die Arbeitsgruppe hat noch nicht ein einziges Mal getagt.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Ist das „rasch“, wenn ein halbes Jahr lang nichts passiert ist, keine Erfolge vorzuweisen sind, Sie eben keine Perspektive gegeben haben? Sie müssten diese Arbeitsgruppe umbenennen in „Perspektivlosigkeit der Landesregierung 2022“.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Sie können sich doch gleich noch mal zu Wort melden, Frau Kollegin Kraft. Das ist doch kein Problem.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie erzählen einfach falsche Sachen!)

Sie haben damals ausgeführt, Herr Kollege Duin: Profilierte Persönlichkeiten für die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe „Bochum Perspektive 2022“ werden in Kürze benannt. – Das haben Sie vor einem halben Jahr erklärt. Ist das „Kürze“, wenn diese Arbeitsgruppe bis heute überhaupt nicht handlungsfähig ist, weil Sie noch nicht einmal wissen, wie die Geschäftsführung dieser Arbeitsgruppe besetzt werden soll? Da ist wertvolle Zeit verloren gegangen. Das ist das, was wir kritisieren. Sie haben sich Ihrer Verantwortung nicht gestellt. Sie waren im letzten halben Jahr tatenlos, obwohl Sie wussten, was auf Sie zukommen würde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause einig, dass wir solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bei Opel stehen – und auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die indirekt von den Beschlüssen betroffen sind. Denn es sind ja nicht nur die Kolleginnen und Kollegen bei Opel betroffen, sondern auch die Zulieferbetriebe in unserem Land, der Bäcker an der Ecke, die Wirtschaft in Bochum,

die Wirtschaft in der Region. Viele, viele mehr sind von dieser Entscheidung betroffen.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Ich sage Ihnen: Wenn in einer ähnlichen Situation – wir hatten solche Situationen in den fünf Jahren, in denen wir Verantwortung in diesem Land getragen haben – die Regierung Rüttgers, die Wirtschaftsministerin Thoben, der Arbeitsminister Laumann sich so verhalten hätten, wie Sie sich in den letzten sechs Monaten verhalten haben, Sie hätten uns zu Recht – zu Recht! – durch die Arena gezogen und uns vorgeworfen, dass wir die Interessen der Menschen dieses Landes nicht wahrnehmen.

Und das müssen wir Ihnen hier vorwerfen: Sie nehmen die Interessen der Menschen Nordrhein-Westfalens nicht wahr, weil Sie tatenlos zusehen, wie ein Unternehmen einen Standort schließt, der gute Arbeit geleistet hat!

(Beifall von der CDU)

Aber es ist nicht zu spät. Sie haben hier heute die Gelegenheit, zu erklären, wie Sie gedenken, sich in den nächsten Wochen und Monaten zu verhalten. In Ihrer Rede, Frau Ministerpräsidentin, haben Sie dazu kein Wort gesagt. Darum fordere ich Sie noch einmal ausdrücklich auf: Erklären Sie den Betriebsräten von Opel, erklären Sie den Menschen im Ruhrgebiet, in Bochum, erklären Sie der Bevölkerung in diesem Land, was Sie in den nächsten Wochen und Monaten tun werden, um die Situation in Bochum zumindest abzumildern, wenn Sie sie schon nicht abwenden können.

(Zuruf von der CDU: Nichts wird sie tun!)

Ich glaube, es ist jetzt Ihre Aufgabe, Brücken zu bauen. Es ist Ihre Aufgabe – wie Karl-Josef Laumann es gesagt hat –, die Sprachlosigkeit zu überwinden. Sie haben eine Mittlerfunktion. Sie dürfen jetzt nicht die Hände in den Schoß legen und sagen: Wir schau'n mal. Es wird am Ende alles gut werden. – Nein! Sie müssen tätig werden. Sie müssen tatsächlich Perspektive für Bochum, Perspektive für die Opelaner, Perspektive für das Ruhrgebiet und damit für Nordrhein-Westfalen vom Zaun brechen. Da kann man sich nicht zurückziehen. Das ist nicht die liebe Landesmutter, die man da geben kann. Da muss man kämpfen. Da muss man kraftvoll

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

die Angelegenheiten der Menschen in diesem Land vertreten. Das haben Sie in der Vergangenheit nicht getan. Wir haben aber die große Hoffnung, dass Sie das jetzt tun.

Unsere Forderung an Sie ist ganz klar und eindeutig: Wir verlangen von Ihnen, dass Sie Sorge dafür tragen, dass die Menschen wieder miteinander reden, dass der Betriebsrat, die Gewerkschaft, das Management von Opel darüber sprechen, nicht nur,

wie es nach der Schließung des Werkes weitergeht, sondern auch, ob es nicht doch noch eine Möglichkeit gibt, Arbeitsplätze bei Opel über 2015 hinaus zu erhalten.

Das ist jetzt Ihre Aufgabe, diese Mittlerfunktion wahrzunehmen. Wir fordern Sie auf, diesem Hohen Hause heute zu erklären, wie Sie diese Verantwortung wahrzunehmen gedenken. Dann werden Sie Ihrer Aufgabe als Ministerpräsidentin gerecht. Dann werden Sie Ihrer Aufgabe als Landesregierung gerecht. Dann werden Sie auch die CDU -Fraktion dieses Hauses an Ihrer Seite haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Keine Drohungen!)

Denn das eint uns am Ende allesamt: Wir wollen so viel Opel und so viele Arbeitsplätze wie möglich in Bochum erhalten. Aber dazu muss man etwas tun. Die werden nicht vom Himmel fallen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Heiße Luft!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wittke. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Herr Abgeordnete Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Betriebsrat bei Opel! Das gemeinsame, parteiübergreifende Motto im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen war: Möglichst lange möglichst viel Opel in Bochum!

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Karl-Josef Laumann [CDU])

Dies ist ein richtiges Motto. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, das kleine Zeitfenster zu nutzen, das sich nach der Entscheidung des Opel-Aufsichtsrates am 17. April aufgetan hat, und gucken, welche Möglichkeiten es gibt, nachdem Opel beschlossen hat, keine Automobilproduktion in Bochum mehr nach dem Jahr 2014 aufrechterhalten zu wollen, welche Optionen es trotzdem gibt, möglichst viel Opel möglichst lange in Bochum zu halten. Dieses Zeitfenster ist jetzt da.

An dieses Zeitfenster und seine Nutzung sind Bedingungen zu stellen. Der Betriebsrat, die Gewerkschaften, aber auch die Arbeitgeber hängen mit vielen Fragen im Moment in der Luft, weil der Sanierungstarifvertrag in Bochum nicht angenommen worden ist. Wie sieht es mit bestimmten Komponenten aus? Wie sieht es mit Verteillagern etc. aus?

Ein gutes Signal dieses Hauses wäre ein einiges Signal gewesen, genauso wie es vonseiten des Wirtschaftsausschusses ausgegangen ist. Was hier

passiert ist, ist keine Politik. Das ist Parteipolitik. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Für mich als Bochumer ist es beschämend, wie diese Debatte verlaufen ist. Sie hilft nicht; sie schadet dem, was wir eigentlich gemeinsam wollen.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Was ist Sinn und Zweck einer solchen Aktuellen Stunde? – Sinn und Zweck wäre es gewesen, den Betroffenen in Bochum in der jetzigen Situation Solidarität vor Ort zu zeigen, denjenigen, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Das haben wir getan.

Der zweite Sinn und Zweck wäre gewesen, in Richtung des Unternehmens die Kritik zu transportieren, die berechtigterweise an der Aufstellung des Unternehmens in der Vergangenheit und in der gegenwärtigen Situation geübt worden ist.

Gleichzeitig wäre Sinn und Zweck ein geschlossenes Signal dieses Hauses gewesen, darüber mit den Verantwortlichen bei Opel sprechen zu wollen, wie es mit der Komponente aussieht, wie es mit Verteillagern aussieht und wie es vielleicht noch mit anderen Dingen aussieht, die in Bochum belassen werden können und bei denen es gute Standortvoraussetzungen gibt, um Opel im Wettbewerb der verschiedenen Standorte in Bochum zu halten. Dadurch könnten Flächen von Opel in Bochum nutzbar gehalten werden.

Was es heute gibt, ist ein zerstrittenes Signal dieses Hauses. Einigen Rednern ist es wichtiger, den Applaus aus den eigenen Reihen zu bekommen als die wirkliche Notwendigkeit zu beleuchten. Mich beschämt das zutiefst, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe mich auf diese Debatte gefreut, denn ich glaube, dass Bochum die Unterstützung gut gebrauchen kann.

Ich habe in der Oppositionszeit Verantwortung für die SPD in der Wirtschaftspolitik getragen, als es um Nokia ging. Natürlich habe ich damals deutlich angemahnt, was Regierungen tun müssen. Ich habe es oftmals in Gesprächen mit Herrn Baganz und Frau Thoben getan, aber nicht in der Öffentlichkeit. Ich habe mit ihnen über Dinge gesprochen, die ich wusste und die ich hätte nutzen können. Im Sinne der guten Sache habe ich es nicht getan, weil Ziel nicht eine Skandalisierung war, sondern von Nokia möglichst viel zu bekommen und möglichst gute Standortvoraussetzungen für die Flächen nach Abzug von Nokia zu schaffen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die Art, wie man mit solchen Situationen in diesem Land verantwortlich umgeht.

Jetzt geht es eben auch darum, Opel deutlich zu machen, was Opel selbst noch möglichst lange in Bochum tun kann. Es geht darum, mit ihnen darüber zu reden, was auf den Flächen passiert, die sie

nicht brauchen, die sie auch dann nicht brauchen, wenn es noch möglichst lange möglichst viel Opel in Bochum gibt. Diese nicht benötigten Flächen gibt es ja schon heute.

Es ist richtig: Dazu gibt es einen gemeinsamen Auftritt, eine Arbeitsgruppe, eine Gesellschaft „Bochum Perspektive 2022“. Es wäre heute ein gutes Signal dieses Hauses gewesen, Opel deutlich zu machen, dass auch diese Gesellschaft kein Feigenblatt für das Image von Opel werden darf. Sie muss wirklich dem Standort dienen. Dazu gehört beispielsweise, die Grundstücke über kurz oder lang in eine solche Gesellschaft einzubringen und nicht den Eindruck zu erwecken, man möchte sich nur mit einem möglichst guten Image oder mit möglichst wenig Imageverlust vom Acker bzw. aus dem Staub machen. – Auch diese Chance ist heute verpasst worden. Auch das beschämt mich zutiefst.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht nutzt mein Bochumer CDU-Kollege, der seinen Platz in der Redeliste gerade an den Kollegen Wittke für dessen Auftritt abgetreten hat, noch einmal die Gelegenheit, um deutlich zu machen, dass es eine breite Mehrheit in diesem Hause gibt, die gemeinsam von diesem Platz aus appelliert: Schaut doch, ob nicht Bereitschaft auf beiden Seiten des Verhandlungstisches besteht, um miteinander ins Gespräch zu kommen über das, was unter den jetzt vorhandenen Rahmenbedingungen „möglichst lange möglichst viel Opel in Bochum „bedeuten kann. – Das wäre mein Wunsch. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Lindner.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Herr Kollege Eiskirch, die Bereitschaft, gemeinsam zu appellieren, habe ich bereits der Debatte entnommen. Wir wollen aber auch wissen, wie die Landesregierung handeln will,

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

in welche Richtung die Landesregierung in dieser Frage agiert. Wir wollen es eben nicht beim Appell belassen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vor diesem Hintergrund war der Debattenbeitrag von Hannelore Kraft nun wirklich bemerkenswert. Frau Kraft, offensichtlich haben wir Ihnen auf den Nerv gebohrt, oder Sie empfinden inzwischen jede

Kritik an Ihrer Politik als Majestätsbeleidigung. Ich weiß nicht, was schlimmer ist.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Die Ministerpräsidentin war auf diese Debatte so unvorbereitet wie die Regierung insgesamt auf die Situation in Bochum unvorbereitet war.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Keine Strategie, keine Planung. Deshalb haben Sie auch nicht zur Sache gesprochen, Frau Ministerpräsidentin.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie haben hier über die damalige Ablehnung vonseiten der FDP gesprochen, Bürgschaften an General Motors zu geben. Das kritisieren Sie noch im Nachhinein. Dabei wissen wir heute, dass das Unternehmen, wie es selbst eingeräumt hat, keinen Liquiditätsengpass gehabt hat. Sie wollten die mit frischem Geld versorgen, das die gar nicht brauchten, und dass, obwohl GM nicht bereit war, strategische Entscheidungen zu korrigieren.

(Beifall von der FDP)

Das ist Ihre soziale Politik zulasten des Steuerzahlers.

Sie sprechen hier über die Tarifautonomie. Frau Ministerpräsidentin, Sie werfen uns unser Verständnis von Tarifautonomie vor: Die Ablehnung des Sanierungstarifvertrags dürfte man gar nicht kommentieren. Oder wie ist das sonst zu verstehen? Darf man solche Entscheidungen nicht kommentieren?

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Nein, Sie haben gesagt, ich hätte Verantwortung!)

– Ja, die haben Sie auch.

Ihr Wirtschaftsminister hat den Wirtschaftsausschuss des Landtags doch über Monate mit dem Hinweis ruhiggestellt, er sei in Gesprächen. Dann bilanziert er am 17. April seine Gespräche. Ich zitiere aus seiner Pressemitteilung vom gleichen Tag:

„Vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung des Sanierungstarifvertrags Ende März durch die Bochumer Belegschaft umso bedauerlicher. Im Nachhinein wäre dies offensichtlich die letzte Chance zu einer Sicherung des Standorts zumindest bis Ende 2016 gewesen.“

Das sind die Gesprächsergebnisse von Herr Duin.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch! Das ist doch totaler Quatsch!)

Warum haben Sie sich als größtes Gewicht dieser Regierung nicht eingeschaltet, Frau Ministerpräsidentin?

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das Einzige, Frau Ministerpräsidentin, was Sie nach meiner Erinnerung in Ihrem Debattenbeitrag zur Lösung der Situation in Bochum konkret gesagt haben, ist, dass Sie der Bundesregierung allen Ernstes deren stabilitätsorientierte Europapolitik vorgeworfen haben. Also wollen Sie die südeuropäischen Länder wieder zum Schuldenmachen einladen, damit deutsche Fahrzeuge gekauft werden. Oder wie ist das, was Sie hier gesagt haben, zu verstehen, Frau Ministerpräsidentin? So haben Sie das hier dargestellt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Das ist unverantwortlich und unkonzeptionell. Und dann sagen Sie: Wir, CDU und FDP, hätten billige Oppositionspolemik gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN – Rainer Schmelzer [SPD]: Das bestätigen Sie gerade mit Ihrem Wortbeitrag!)

Billige Regierungspolemik haben wir hier erlebt!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Betriebsrates! Diese Entscheidung, die das GM-Management nun nach jahrelangem Tauziehen getroffen hat, ist eine absolut bittere Entscheidung für die Opelaner, für ihre Familien – übrigens nicht nur in Bochum, sondern in der ganzen Region; denn es gibt Beschäftigte bei Opel nicht nur aus Bochum, sondern auch aus den umliegenden Kommunen.

Es ist eine Entscheidung gegen die Region. Es ist vor allen Dingen eine Entscheidung gegen die Menschen, die sich mit guter Arbeit, mit hohem Engagement und über Jahre hinweg für dieses Unternehmen eingesetzt haben.

Auch die Stadt hat viel für Opel getan, und zwar nicht nur ein Jahr lang, sondern jahrzehntelang. Sie hat Flächen bereitgestellt, sie hat Infrastruktur bereitgestellt, sie hat dafür gesorgt, dass die Produktionsbedingungen an diesem Ort wirklich gut sind.

GM hat sich in einem jahrelangen Tauziehen gegen diesen Standort entschieden. Ich kann gut verstehen, dass die Beschäftigten viel Misstrauen gegenüber einem Management haben, das sie über Jahre hinweg immer wieder hingehalten hat. Das ist die Lage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde das, Herr Lindner, was Sie hier zweimal hintereinander als Stegreifrede vortragen, absolut verlogen. Sie haben vom Recht auf Fairness gesprochen.

Ich finde, es ist nicht fair, wenn Mitarbeiter Managementfehler ausbaden müssen, die noch nicht einmal an den deutschen bzw. den europäischen Standorten, sondern an den amerikanischen Standorten gemacht worden sind. Die Mitarbeiter in Deutschland, insbesondere in Bochum, müssen jetzt diese Fehler ausbaden.

Und es ist insbesondere nicht fair, sondern verlogen, wenn Guttenberg als Ihr Wirtschaftsminister die Tasche zuhielt, als es um Bürgschaften ging, die ein Fenster für eine Verselbstständigung von Opel aufgemacht hätten. Das wäre der entscheidende Punkt gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ging niemals darum, einem US-amerikanischen Konzern, der nicht in der Lage war, seine Produktionslinie so zu fahren, dass ihm auch jemand die Autos abkauft, das Geld in die Taschen zu werfen, sondern darum, ein Fenster für selbstständige Opelstandorte aufzumachen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und jetzt stellen Sie sich hierhin und machen einen auf mitfühlenden Liberalismus. Das finde ich verlogen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wo war denn Ihr Herr Papke damals, als andere vor den Werkstoren standen? Ich stand da zusammen mit anderen in der großen Opelkrise und habe das auch jetzt getan. Wo war denn damals Ihr Fraktionsvorsitzender Papke? Wir haben von der FDP nichts gesehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben damals schon hier ideologische, markt-radikale Reden gehalten, und das tun Sie auch noch heute.

(Christian Lindner [FDP]: Prosa!)

Worum geht es wirklich? – Es geht darum, dass die Belegschaft jetzt entscheiden muss, ob sie ihre Abstimmung gegen den Sanierungsplan noch einmal revidieren will. Diese Entscheidung muss die Belegschaft in ihrer eigenen Verantwortung treffen, und das tut sie auch vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit diesem Management. Ich finde, das ist eine Entscheidung, die dort bleiben muss, wo sie auch hingehört, nämlich in Bochum und in den Händen der Belegschaft. Das ist das eine.

Das Land – und das haben Sie, Herr Lindner, in genauso verzerrter Weise dargestellt – ist schon lange, und zwar seit Monaten, aktiv. Wenn Sie sich ein bisschen mit der Situation in Bochum auskennen

würden und einmal da gewesen wären, dann wüssten Sie das auch.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Heiterkeit von der FDP)

Das Land versucht seit Wochen und Monaten, genau diese Perspektive 2022 aufzubauen. Ich will Ihnen, Herr Lindner, noch einmal vor Augen führen, woran man merkt, dass Sie keine Kenntnis von der örtlichen Lage haben. Wer jetzt von newPark redet, versteht überhaupt nicht, was das Aus von Opel strukturell für eine Stadt wie Bochum bedeutet. Wir haben riesige Werksflächen in der Stadt, riesige industrielle Brachen, wenn sich das Unternehmen zurückzieht.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist unglaublich! Zunächst einmal geht es um Arbeitsplätze!)

Es muss gemeinsame Aufgabe – daran arbeitet auch der Wirtschaftsminister – des Unternehmens, das die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit hat, auch für Anschlussbeschäftigung zu sorgen, und der Stadt sein, diese Brachflächen so zu reaktivieren, dass darauf in Zukunft wieder Beschäftigung entstehen kann.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Dann muss man das Baurecht ändern, liebe Kollegin!)

Sie reden aber von newPark. Warum reden Sie von newPark? Sie reden davon, weil Sie hoffen, einen Keil in die Landesregierung treiben zu können,

(Christian Lindner [FDP]: Der Keil ist schon da! – Christof Rasche [FDP]: Der ist sooo groß!)

der an der Stelle überhaupt nicht vorhanden ist. Es geht bei Ihnen immer nur um die Frage, ob Sie Ihr parteipolitisches Profil schärfen können oder nicht. Es muss aber um die Menschen gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will nur noch einen letzten Satz an den Bundestagskandidaten der CDU aus dem Ruhrgebiet richten. Ich hoffe, dass Ihr kraftvoller Einsatz für Bochum hier und heute auch noch nach September da ist. Wir hatten bislang wenig Gelegenheit für einen gemeinsamen kraftvollen Einsatz. Aber vielleicht hilft Ihr Engagement ja in der Zukunft. Die Bundesregierung wird jetzt an dieser Stelle sicher auch gebraucht werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Schneckenburger. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Sommer.

Torsten Sommer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und im Livestream!

(Zurufe: Lauter!)

– Ich kann gerne etwas lauter sprechen. Entschuldigung; meine Stimme ist etwas angeschlagen. Wir hatten gestern Halbfinal-Chorprobe.

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

– Danke schön. Es war auch erfolgreich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

Ich kann allerdings die Frustration der Kollegen bei Opel sehr gut verstehen. Die unternehmerischen Fehler, die dort – fast schon die letzten Jahrzehnte – gemacht worden sind, sind kaum zählbar.

Bei einer durchschnittlichen Verweildauer der von General Motors eingesetzten Vorstände von vielleicht zwei Jahren – es gab acht Vorstandsvorsitzende in 16 Jahren – stellt sich die Frage, wie man eine solche Dauerwechselveranstaltung nennen sollte. Mir drängt sich der Begriff der Ausbildungsmangementzentrale von General Motors auf –

(Beifall von den PIRATEN)

ein Hort für angehende und ausgewechselte Manager aus den Vereinigten Staaten, die in ihrem Heimatland entweder noch hoch hinaus wollen oder eigentlich schon auf dem Weg zur Rente sind.

Das wirtschaftliche Gebaren dieser Herrschaften von General Motors hat dazu geführt, dass der Standort Bochum trotz hervorragender Belegschaft im weltweiten Wettbewerb nicht bestehen durfte. Hier ist betriebswirtschaftlich mit Tausenden Schicksalen herumexperimentiert worden. Deshalb kann ich verstehen, dass die Belegschaft diesem jahrelangen Sterben auf Raten nicht mehr zuschauen wollte und letztlich zwangsweise die Reißleine ziehen musste. Dadurch lassen sich auch das Ergebnis dieser Abstimmung und die Ablehnung dieses Tarifvertrags erklären.

Da hilft es auch nichts, wenn Frau Bundeskanzlerin Merkel sich in Rüsselsheim fotografieren lässt und den Standort Bochum einfach fleißig links liegen lässt.

General Motors ist ein internationaler Konzern und hätte Opel erlauben müssen, international zu verkaufen. Darauf hätte auch eine Bundesregierung hinweisen müssen. Das hat sie aber leider nicht getan.

Das Heiligtum der freien unternehmerischen Entscheidung, so dämlich sie auch sein mag, hilft uns manchmal eben nicht weiter. Echte Mitbestimmung stellen wir uns anders vor als die zurzeit gelebte Pseudo-Mitbestimmung.

Insofern fordern wir die Landesregierung auf, im Bundesrat eine Initiative zu ergreifen, an deren Ende eine Änderung im Betriebsverfassungsgesetz

stehen muss, die echte Mitbestimmung beinhaltet. Genauso, wie Sie auf Bundesebene den Mindestlohn forcieren, müssen Sie nun auch auf diesem Feld aktiv werden. Es darf nicht bei einem Feigenblatt der simulierten Mitbestimmung, wie es zurzeit der Fall ist, bleiben. Gerade bei Großbetrieben kann ein selbstherrlicher Führungsstil sonst zu fatalen Folgen führen. Das sehen wir bei Opel in Bochum gerade.

Damit wir uns hier allerdings nicht missverstehen: Wir wollen nicht direkt unternehmerische Entscheidungen aus der Politik heraus beeinflussen, sondern die Rahmenbedingungen setzen, an die sich alle gleichermaßen zu halten haben.

Im Gegensatz zu den Lindner'schen Windkanalreden

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

möchte ich jetzt zur Zukunft am Standort Bochum kommen, die durchaus positiv aussehen kann. Man muss sich die vielen Vorteile dort einmal bildlich vor Augen führen. Bochum ist und bleibt ein idealer Standort für die Wirtschaft im Ruhrgebiet und selbstverständlich darüber hinaus in NRW und ganz Europa.

Neben den knapp 400.000 Einwohnern von Bochum leben, wohnen und arbeiten über 6 Millionen Menschen im Umkreis von 50 bis 60 km.

Die Infrastruktur mit Bahnverbindungen ist hervorragend – das gilt für den öffentlichen Nahverkehr genauso wie für die ICE-Verbindungen –, selbst wenn ein fahrscheinloser ÖPNV wahrscheinlich noch etwas besser wäre.

Auch das Autobahnnetz ist ideal ausgebaut – wobei hier anzumerken ist, dass der Autobahnring extra geschlossen werden wird und somit der Standort noch besser erreichbar sein wird.

Daneben ist der gesamte Markt, den ich eben schon räumlich beschrieben habe, logistisch perfekt erschlossen.

Die kulturellen und wirtschaftlichen Vorteile von Bochum darf man ebenfalls nicht vergessen. Das fängt beim europaweit bekannten Schauspielhaus an und endet noch lange nicht bei der Ruhr-Universität.

Am Ende darf vor allem eines nicht unerwähnt bleiben: die hervorragende Belegschaft, die all die Jahre zu viel zu erdulden hatte. Mit einer solchen motivierten und gut ausgebildeten Belegschaft kann sich ein zukünftiger Investor hier ins gemachte Netz setzen und ein enormes Potenzial nutzen.

Dafür müssen wir als Politik aber auch unterstützend tätig werden und etwa die Umwandlung in einen Technologiepark vorantreiben sowie die Suche nach Investoren unterstützen.

Andere Industrieparks wie den newPark hier in Konkurrenz zu setzen, macht überhaupt keinen Sinn, Herr Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Doch!)

Das bedeutet im Übrigen nicht, dass sich General Motors aus der Verantwortung stehlen darf. Nur Werbung beim Revierfußballnachbarn zu schalten, reicht da sicher nicht aus. Eine kraftvolle Initiative in „Bochum Perspektive 2022“ zu begleiten und sich dort einzubringen, muss für General Motors Pflicht sein. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Betriebsrates aus Bochum! Ich will mit dem Versuch beginnen, einmal zu definieren – denn darüber ist heute Morgen viel gesprochen worden –, was in einem solchen Fall und in vergleichbaren Fällen eigentlich Aufgabe einer Landesregierung sein muss. Im Mittelpunkt unserer Tätigkeit bzw. unseres Interesses stehen die Arbeitsplätze, aber auch die Wertschöpfungsketten. Nicht zuletzt stehen die Chancen in den Regionen und in den Städten in unserem Interesse.

Nicht in unserem Interesse stehen einzelne Marken. Wir sind nicht die besseren Controller. Wir sind nicht die besseren Manager. Wir sind auch nicht der bessere Betriebsrat und nicht die besseren Gewerkschaften.

Wir in der Politik können Rahmenbedingungen für Investitionen, auch für Neuansiedlungen, schaffen. In manchen Fällen können wir durch direkte finanzielle Hilfe eine Entwicklung ermöglichen. In anderen Fällen können wir das durch Bürgschaften leisten.

Wir können aber nicht – das habe ich seit dem 20. Juni letzten Jahres immer wiederholt – quasi durch Gesetz oder mit Geld unternehmerische Entscheidungen verhindern oder direkt verändern. Ich bin Frau Brand und anderen Rednern in der Debatte sehr dankbar dafür, dass sie auch genau diesen Punkt herausgestellt haben.

Wenn es um konkrete Pläne geht, Arbeitsplätze abzubauen oder einen Standort zu schließen, hat die Politik sich einzuschalten, sich ein Bild zu machen und die Handlungsoptionen zu benennen und zu prüfen.

Die Gewerkschaften haben sich im Prozess der letzten 30 Jahre deutlich gewandelt. Das gilt erst recht für die IG Metall. Herr Laumann, Herr Lindner

und Herr Wittke, die Politik muss sich diesem Wandel ebenso stellen.

Selbstverständlich steht an erster Stelle immer noch die Solidarität mit den Beschäftigten. Niemand hier im Hause lässt daran irgendeinen Zweifel aufkommen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN und Karl-Josef Laumann [CDU])

Für die Politik geht es im Kern aber um mehr als nur die Solidarität mit den Beschäftigten. Als ich mein Amt angetreten habe, stand noch Oliver Burkhard an der Spitze der nordrhein-westfälischen IG Metall. Sein Nachfolger, Knut Giesler, und ich wir waren und sind uns sehr einig: Der öffentliche Schulerchluss von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Politik muss mehr können, als am Tage der Werksschließung beim letzten Demonstrationszug hinter dem symbolträchtigen Sarg herzulaufen. Dicke Tränen und Wut und Enttäuschung sind verständlich. Aber dicke Tränen und Enttäuschung schaffen keine Jobs. Politik muss mehr können als das.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Es muss sehr frühzeitig die Entwicklung antizipiert werden, um Alternativen zu entwickeln und Perspektiven zu eröffnen. Das habe ich übrigens bei Ihnen, Herr Lindner, heute vermisst; denn das haben Sie in der Vergangenheit durchaus völlig zu Recht auch an der einen oder anderen Stelle noch einmal betont: Es geht auch darum, Mut zu machen und in der Tat nicht von rauchenden Ruinen zu sprechen.

Es braucht aber im Übrigen – darauf hat die Ministerpräsidentin schon hingewiesen – nicht die Show auf großer Bühne, sondern harte Arbeit im Detail. Die, die jetzt aufwachen, die, die jetzt die große Welle machen, sind Trittbrettfahrer der Not der Betroffenen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir arbeiten lieber meistens ohne große Bühne.

Gemeinsam mit der Ministerpräsidentin habe ich von meinem ersten Tag hier an mit Steve Girsky, mit Lee Godown gesprochen, zunächst mit Herrn Stracke, dann mit Dr. Sedran, dann mit Herrn Neumann. Rainer Eienkel hat nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, dass diejenigen, die im dritten Lehrjahr sind, bei Opel alle mehr Betriebszugehörigkeit haben als inzwischen das gesamte Management an der Spitze der Adam Opel AG. Das ist auch eine der Ursachen, über die wir gerade diskutieren.

Ich habe mit dem Betriebsratsvorsitzenden und mit anderen Mitgliedern des Betriebsrates, mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Schäfer-Klug, der IG

Metall, mit Mitgliedern des Aufsichtsrates, mit Zulieferern, mit der Oberbürgermeisterin von Bochum, der lokalen Wirtschaft, der IHK, mit Flächenentwicklern, mit potenziellen Investoren, sehr erfahrenen Managern auch aus anderen Branchen, der Arbeitsagentur, der Werksleitung, im Übrigen auch mit meinen Amtsvorgängern in Bochum, in Düsseldorf, in Rüsselsheim, in Berlin und auch noch an anderen Orten gesprochen. Seien Sie versichert nach den letzten neuneinhalb Monaten: Keine einzige noch so kleine Chance zur Verbesserung der Situation bleibt ungenutzt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Einschätzung war, dass der Tarifvertrag keine schlechte Grundlage gewesen ist. Die Belegschaft in Bochum ist zu einem anderen Ergebnis gekommen. Das ist legitim. Das ist zu respektieren.

Wir arbeiten weiter insbesondere an der Entwicklungsgesellschaft Perspektive 2022.

Sehr geehrter Herr Wittke, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben von Anfang an an diesem Thema gearbeitet. Aber wir haben auch immer erklärt: Erstens ist es falsch, dass da noch nie jemand getagt hätte. Sie behaupten das im Grunde auch – das muss ich voraussetzen – wider besseres Wissen. Das ist die gleiche Nummer, die Herr Wüst hier vor einigen Wochen oder Monaten abgezogen hat, als er über die Perspektive gesprochen hat und von diesem Pult aus mir vorgeworfen hat, ich hätte mich mit 200.000 € abspeisen lassen. Wir sind inzwischen bei einer festen Zusage des Unternehmens im zweistelligen Millionenbereich.

Aber wenn Sie glauben, so agieren zu müssen, bewusst mit Unwahrheiten die Stimmung anzuheizen, kann ich Ihnen nur sagen: Machen Sie weiter so! Es wird Ihnen nicht gedankt werden. Wir arbeiten solide an diesen Themen weiter, ohne uns an diesen Dingen zu verkämpfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber um Herrn Wittke noch einmal zu erläutern, warum wir es auch tatsächlich mit zeitlichen Verzögerungen bei der Perspektive zu tun gehabt haben: weil wir immer gesagt haben in enger Abstimmung mit IG Metall und Betriebsrat, wir gehen mit dieser Entwicklungsgesellschaft nicht nach draußen. Wir werden diese Entwicklungsgesellschaft nicht weiter im Detail präsentieren, bevor nicht die Tarifverhandlungen abgeschlossen sind. Wir werden, weder die Stadt noch das Land, ein Feigenblatt für diejenigen, die die Verantwortung bei GM und in der Adam Opel AG eigentlich zu tragen haben, abgeben. Deswegen warten wir das Ende der Verhandlungen ab und werden dann entsprechende Maßnahmen einleiten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der immer genannte Ablauf.

Jetzt geht es um diese gemeinsame Gesellschaft von Stadt und Opel. Um auch das im Detail zu beschreiben: Es geht um die gemeinsame Gesellschaft von Stadt und Opel. Die Verhandlungen über rechtliche und andere Fragen sind auf einem sehr guten Weg. Die Gesellschaft wird vom Land alle mögliche Unterstützung erhalten.

In den Verhandlungen geht es zum Beispiel darum, ob die Flächen der Werke 2 und 3 in die Gesellschaft eingebracht werden und zu welchem Zeitpunkt. Ich bin dafür, dass das möglichst frühzeitig geschieht, damit auch klar ist, dass es nicht nur um Flächenvermarktung geht, sondern dass es in der Tat darum geht, industrielle Arbeit in Bochum zu schaffen. Es geht nämlich darum: Welche Ansiedlungen können eigentlich ermöglicht werden, um diese industrielle Arbeit in Bochum über die genannten Zeiträume hinaus zu schaffen? Es geht darum, Perspektiven für die Opelaner zu schaffen, Mut zu machen und tatsächlich anzupacken, um vor Ort etwas zu realisieren und nicht nur die Backen aufzublasen.

Wir werden am 17. Mai an den Start gehen und werden insbesondere am 17. Mai auch die Mitglieder des Beirates, der, wie gesagt, schon getagt hat und in engem Kontakt der Mitglieder untereinander steht, präsentieren.

Der Status quo ist: Es gibt keine Klarheit über die Fragen des Logistikzentrums. Es gibt keine Perspektive für so etwas wie Komponentenfertigung. Es ist noch nicht einmal geklärt, ab wann genau der Zafira wo eigentlich gebaut werden soll, wenn er denn dann am 31. Dezember 2014 nicht mehr in Bochum gebaut werden soll.

All diese Fragen sind zwischen den Tarifvertragsparteien zu besprechen. Wir, ich ganz persönlich, werden mithelfen, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die vielleicht im Moment nicht miteinander sprechen, wieder miteinander sprechen. Ich habe mit beiden Seiten in den letzten Tagen und Wochen – ich habe es gerade geschildert – so viele Gespräche geführt, dass ich optimistisch bin, dass es zu einem solchen gemeinsamen Gespräch auch wieder kommen wird.

Klar ist: Bochum wird eine Perspektive haben. Die Beschäftigten werden eine Perspektive haben. Was wir nicht zulassen werden und wo wir das Unternehmen nicht herauslassen, ist, dass die sagen: Wir machen einen Zaun drum und sind dann weg. – Das ist nicht Perspektive 2022, sondern Perspektive 2022 heißt, zukunftsfähige industrielle Arbeitsplätze in Bochum anzusiedeln. Das ist das Ziel unserer Arbeit dort.

(Erneut Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, damit das Gemeinsame und nicht das gegenseitig Vorwerfen-

de hier noch eine Chance bekommt – es ist die Erwartung der Beschäftigten, die mir bei dem Gespräch am Dienstag in Bochum mit auf den Weg gegeben worden ist, dass dieses Signal aus dieser Runde bei all dem Streit, den es immer mal wieder geben darf und muss, herausgeht –: Herr Paul, Herr Römer, Herr Priggen, Herr Laumann, Herr Lindner, wir können hier sofort durch Kopfnicken Folgendes verabreden: Wir sechs machen einmal die Woche oder 14tägig, wie Sie wollen, einen Jour fixe und tauschen uns vertraulich über den jeweiligen Stand der Dinge aus. Aber eines ist klar: Das, was jetzt an Arbeit notwendig ist, können Sie nicht jeden Tag in die Zeitungen schreiben, sondern da ist Vertraulichkeit notwendig. Sonst werden Sie am Ende keinen Erfolg haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um vier Minuten und 40 Sekunden überschritten hat.

Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Herr Abgeordnete Haardt.

Christian Haardt¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie seien seit rund neun Monaten dabei und führten Verhandlungen. Es kommt natürlich nicht nur darauf an, Verhandlungen zu führen, sondern es kommt vor allem auf die Resultate an.

(Beifall von der CDU)

Insofern will ich auf die aktuelle Situation eingehen. Wir haben die Situation, dass die Belegschaft den Tarifvertrag abgelehnt und im Anschluss daran der Aufsichtsrat von Opel beschlossen hat, dass das Werk in Bochum schon Ende 2014 geschlossen werden soll. Die Fronten auf beiden Seiten sind verhärtet. Im Moment – so jedenfalls meine Information – finden keine konstruktiven Gespräche statt. Mit diesem Resultat – da sind wir uns sicherlich einig – kann man nicht zufrieden sein.

Ich komme zu dem zweiten Punkt, Resultat Bochum 2022. Sie haben gesagt, wir seien auf einem guten Weg. Das hört man aus Bochum eindeutig anders. Tatsache ist: Es gibt in wesentlichen Punkten keine Einigung, und eine solche ist auch nicht in Sicht. Ein Thema haben Sie selbst angesprochen, nämlich das Thema „Einbringung der Grundstücke in die Gesellschaft“. Bislang gibt es da keinerlei konkrete Vereinbarung. Diese ist aber erforderlich – das wissen Sie selbst –, schon allein deshalb, weil für die Entwicklung der Flächen Fördermittel gebraucht werden. Wenn Sie also seit neun Monaten verhandelt haben und wir nun einen Strich darunter ziehen,

um zu sehen, was dabei herausgekommen ist, dann muss man an der Stelle sagen: Nicht viel!

Ich möchte nun darauf zu sprechen kommen, was für den Standort wichtig ist, was wir jetzt brauchen und wo Sie, Herr Minister und Frau Ministerpräsidentin, handeln müssen. Derzeit sind die Fronten verhärtet. Die Situation ist, dass das Management von General Motors, das klar und eindeutig die Hauptverantwortung für die aktuelle Lage trägt, offenkundig nicht bereit ist, mit der Belegschaft weiter zu sprechen, und dass sich eigentlich mit jedem Tag, der ins Land geht, diese Front verhärtet. Je länger wir hier warten, je länger konkrete Maßnahmen durchgeführt werden, je eher die ersten Schritte in Richtung einer möglichen Abwicklung des Werks unternommen werden, desto schwieriger wird es, die Parteien noch einmal an den Tisch zu bekommen. Und genau da, Herr Minister, liegt Ihre Verantwortung. Es ist die Verantwortung der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass die Parteien wieder an einen Tisch kommen, miteinander reden und möglichst eine vernünftige Lösung für den Standort finden.

(Beifall von der CDU)

Das Zeitfenster ist ganz eng; ich habe es bereits gesagt. Mit jedem Tag, mit jeder Woche, die vergeht, schließt sich dieses Fenster immer mehr und wird eine Lösung immer unwahrscheinlicher. Vor diesem Hintergrund gilt: Alle – da schließe ich mich und meine Fraktion eindeutig mit ein – sind aufgefordert, uns in die Richtung zu engagieren, dass hier wieder verhandelt wird, dass eine Lösung gefunden wird, mit der alle, mit der die Mitarbeiter, mit der der Standort und mit der letztendlich auch die Stadt Bochum leben kann.

Ein letztes Wort zur Perspektive 2022: Der Kollege Eiskirch hat hier dazu aufgefordert, miteinander solidarisch zu sein. Das sind wir auch. Sie bekommen unsere Unterstützung für die Perspektive Bochum 2022. Zur Solidarität gehört aber auch, dass man das nicht nur hier zum Ausdruck bringt wie etwa in der letzten Aktuellen Stunde, sondern dazu gehört manchmal auch ein bisschen Symbolik. Und da sind wir wieder bei dem Thema „Solidaritätsfest“, bei dem sich unglücklicherweise von dieser Landesregierung niemand hat sehen lassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist falsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auch das ist ein Zeichen der Solidarität.

Bezüglich der Perspektive 2022 kommt es darauf an, dass die Grundstücke möglichst zügig in eine Gesellschaft eingebracht werden, dass dann Fördermittel beantragt werden und zügig an einer Entwicklung des Standortes gearbeitet wird. Da, Herr Minister, bin ich auf die Resultate gespannt. Es darf nicht noch einmal neun Monate dauern, bis ein konkretes Ergebnis vorliegt, sondern wir erwarten, dass Sie schon vor der Sommerpause diesem Hause er-

klären können: Ich habe etwas erreicht. Das geht in die richtige Richtung. – Ansonsten sind es hier nur Lippenbekenntnisse gewesen, und Sie helfen letztendlich Opel dabei, hier ein Feigenblatt zu schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Haardt. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am **Schluss der Aktuellen Stunde**.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

2 Die Kirchen als Diener am Gemeinwohl: Gesellschaftliches Engagement von Caritas und Diakonie anerkennen und unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2632

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Debatte ist nach der Vereinbarung von heute Morgen nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/2632** an den **Hauptausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3 Gesetz zur Änderung von Rechtsvorschriften im Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1187

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 16/2643

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile als Erstes Herrn Abgeordneten Dr. Adelman für die SPD-Fraktion das Wort.